



Unvollständiger Verkaufsprospekt

vom 06. Juni 2005

über

Optionsscheine Variante Aktie und Variante Index

Nachtrag Nr. 1 vom 01.07.2005 gemäß § 10 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz

zum unvollständigen Wertpapier-Verkaufsprospekt vom vom 06. Juni 2005

Inhalt

Allgemeiner Teil

Angebot im Überblick.....	3
Bestimmte Angebots- und Verkaufsbeschränkungen.....	5
Verlustrisiken	6
Allgemeine Informationen	9
Anhang 1 Bedingungen der Optionsscheine Variante Aktie.....	11
Anhang 2 Bedingungen der Optionsscheine Variante Index.....	15

Wertpapier-Verkaufsprospekt

Vom 06. Juni 2005

Nachtrag Nr. 1 gemäß § 10 Verkaufsprospektgesetz zum unvollständigen Wertpapier-Verkaufsprospekt vom 06. Juni 2005

Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG
Wien
emittiert

auf den Inhaber lautende

Kauf- und Verkaufsoptionsscheine

ISIN-Code Produkt	WKN	Basiswert	ISIN-Code BW *	Whrg BW *	Maßgeb. Börse des BW *	Basis- preis	Volumen	BZV **	Laufzeitende/ Verfalltag	Erster Handelstag in Deutschland	Letzter Handelstag in Deutschland	Settlement	MIN ***	Style	Call/Put
AT0000604327	A0CV72	ATX®	AT0000999982	EUR	Xetra Wien	2750	15 Mio	0,01	17.03.2006	01.07.2005	15.03.2006	Cash	1	am	CALL
AT0000604335	A0CV73	ATX®	AT0000999982	EUR	Xetra Wien	3000	15 Mio	0,01	17.03.2006	01.07.2005	15.03.2006	Cash	1	am	CALL
AT0000604350	A0CV75	ATX®	AT0000999982	EUR	Xetra Wien	2250	15 Mio	0,01	17.03.2006	01.07.2005	15.03.2006	Cash	1	am	PUT
AT0000606751	A0EF0L	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	36,25	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	CALL
AT0000606769	A0EF0M	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	38,75	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	CALL
AT0000606777	A0EF0N	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	41,25	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	CALL
AT0000606785	A0EF0P	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	43,75	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	CALL
AT0000606793	A0EF0Q	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	46,25	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	CALL
AT0000606801	A0EF0R	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	48,75	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	CALL
AT0000606819	A0EF0S	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	30,00	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	PUT
AT0000606827	A0EF0T	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	32,50	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	PUT
AT0000606835	A0EF0U	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	35,00	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	PUT
AT0000606843	A0EF0V	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	37,50	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	PUT
AT0000606850	A0EF0W	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	40,00	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	PUT
AT0000606868	A0EF0X	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	42,50	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	PUT
AT0000606876	A0EF0Y	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	45,00	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	PUT
AT0000606884	A0EF0Z	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	47,50	15 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	PUT
AT0000606892	A0EF00	ERSTE BANK	AT0000652011	EUR	Xetra Wien	50,00	3 Mio	0,02	01.06.2006	01.07.2005	30.05.2006	Effektiv	1	am	PUT

AT0000495155	A0EF04	Raiffeisen Int AG	AT0000606306	EUR	Xetra Wien	40,00	3 Mio	0,1	31.03.2006	01.07.2005	29.03.2006	Cash	1	eu	CALL
AT0000495163	A0EF05	Raiffeisen Int AG	AT0000606306	EUR	Xetra Wien	40,00	3 Mio	0,1	31.03.2006	01.07.2005	29.03.2006	Cash	1	eu	PUT
AT0000495403	A0EF70	Raiffeisen Int AG	AT0000606306	EUR	Xetra Wien	42,50	3 Mio	0,1	31.03.2006	01.07.2005	29.03.2006	Cash	1	eu	CALL
AT0000495916	A0EHJD	Andritz AG	AT0000730007	EUR	Xetra Wien	80	3 Mio	0,01	16.06.2006	01.07.2005	13.06.2006	Cash	1	am	CALL
AT0000495924	A0EHJE	Andritz AG	AT0000730007	EUR	Xetra Wien	90	3 Mio	0,01	16.06.2006	01.07.2005	13.06.2006	Cash	1	am	CALL
AT0000495932	A0EHJF	Andritz AG	AT0000730007	EUR	Xetra Wien	100	3 Mio	0,01	16.06.2006	01.07.2005	13.06.2006	Cash	1	am	CALL
AT0000495940	A0EHJG	Raiffeisen Int AG	AT0000606306	EUR	Xetra Wien	50	3 Mio	0,01	31.03.2006	01.07.2005	29.03.2006	Cash	1	am	CALL
AT0000495957	A0EHJH	Raiffeisen Int AG	AT0000606306	EUR	Xetra Wien	55	3 Mio	0,01	31.03.2006	01.07.2005	29.03.2006	Cash	1	am	CALL
AT0000495965	A0EHJJ	Andritz AG	AT0000730007	EUR	Xetra Wien	65	3 Mio	0,01	16.06.2006	01.07.2005	13.06.2006	Cash	1	am	PUT

*) BW: Basiswert
 **) BZV: Bezugsverhältnis
 ***) MIN: Mindestanzahl, Stückelung (Stücknotiz)

Bestimmte Angebots- und Verkaufsbeschränkungen

Der Wertpapier-Verkaufsprospekt (der „Prospekt“) stellt kein Angebot dar und darf nicht zum Zwecke eines Angebots oder einer Aufforderung an Dritte, ein Angebot zu machen, genutzt werden, soweit ein derartiges Angebot oder eine derartige Aufforderung durch einschlägige Gesetze verboten oder im Hinblick auf den jeweiligen Adressaten des Angebots oder der Aufforderung rechtlich unzulässig ist. Eine besondere Erlaubnis zum Angebot der Optionsscheine oder zum Erteilen des Prospektes in einer Rechtsordnung, in der eine Erlaubnis erforderlich ist, wurde nicht eingeholt.

Die Emittentin hat mit Ausnahme der Veröffentlichung und Hinterlegung des Prospektes keinerlei Maßnahmen ergriffen und wird keinerlei Maßnahmen ergreifen, um das öffentliche Angebot der Optionsscheine oder ihren Besitz oder den Vertrieb von Angebotsunterlagen in Bezug auf die Optionsscheine in irgendeiner Rechtsordnung zulässig zu machen, in der zu diesem Zweck besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Optionsscheine dürfen innerhalb einer Rechtsordnung oder mit Ausgangspunkt in einer Rechtsordnung nur angeboten, verkauft oder gekauft werden, wenn dies gemäß den anwendbaren Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften zulässig ist und der Emittentin keinerlei Verpflichtungen entstehen.

Die Optionsscheine sind nicht gemäß dem United States Securities Act of 1933 („Securities Act“) registriert und dürfen zu keinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten oder an oder für die Rechnung oder zu Gunsten von US-Personen angeboten oder verkauft werden. Eine gegen diese Beschränkungen verstoßende Transaktion kann eine Verletzung des Rechts der Vereinigten Staaten darstellen. Die Optionsscheine werden fortlaufend angeboten. Dem gemäß kann das Angebot oder der Verkauf von Optionsscheinen innerhalb der Vereinigten Staaten oder an US-Personen durch einen Händler, unabhängig davon, ob er sich an dem Angebot beteiligt, zu jeder Zeit einen Verstoß gegen das Registrierungserfordernis gemäß Securities Act darstellen. Die in diesem Absatz verwendeten Bezeichnungen haben die Bedeutung, die ihnen in Regulation S gemäß Securities Act beigelegt sind.

Alle Handlungen in Bezug auf die Optionsscheine, soweit sie vom Vereinigten Königreich ausgehen oder anderweitig das Vereinigte Königreich betreffen, haben in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Financial Services and Markets Act 2000 („FSMA“), insbesondere unter Beachtung von § 21 (1) FSMA zu erfolgen.

Verlustrisiken

Allgemeine Risikohinweise für Optionsscheine

Beim Erwerb von Optionsscheinen, bei denen die Lieferung des Basiswertes ausgeschlossen ist, wie zB bei Aktien-, Index- oder Zinsoptionsscheinen, erwirbt der Inhaber der Optionsscheine einen Anspruch auf Zahlung eines Geldbetrages, der sich aus der Differenz zwischen einem festgelegten Basiskurs und dem Marktkurs des Basiswertes bei Ausübung errechnet (der „Differenzbetrag“). Dieses Recht ist bei Call und Put Optionsscheinen unterschiedlich ausgestaltet: Während dieses Recht – nach Maßgabe der Optionsscheinbedingungen – bei Call Optionsscheinen davon abhängt, um welchen Betrag der maßgebliche Abrechnungskurs den Ausübungspreis am Bewertungstag überschreitet, kommt es bei Put Optionsscheinen auf den Betrag an, um den der maßgebliche Abrechnungskurs den Ausübungspreis am Bewertungsstichtag unterschreitet.

Ein Optionsschein verbrieft weder einen Anspruch auf Zinszahlung noch auf Dividendenzahlung und wirft daher keinen laufenden Ertrag ab. Mögliche Wertverluste des Optionsscheins können daher nicht durch andere Erträge des Optionsscheins kompensiert werden.

Zu beachten ist, dass eine Kursänderung oder auch schon das Ausbleiben einer erwarteten Kursänderung des Basiswertes (zB einer Aktie) den Wert der Optionsscheine überproportional bis hin zur Wertlosigkeit mindern kann. Angesichts der begrenzten Laufzeit kann nicht darauf vertraut werden, dass sich der Preis der Optionsscheine rechtzeitig vor Verfall der Optionsscheine wieder erholen wird. Erfüllen sich die Erwartungen nicht, so verfallen die Optionsscheine mit Ablauf der Laufzeit als wertlos. Der Verlust liegt sodann in dem für die Optionsscheine gezahlten Preis.

Hebeleffekt

In bezug auf das eingesetzte Kapital sind Veränderungen des Optionspreises überproportional größer als die des Basiswertes. Dieses besondere Merkmal der Optionsscheine nennt man Hebeleffekt („Leverage“-Effekt). Während mit den Optionsscheinen höhere Gewinnchancen verbunden sein können, als mit anderen Kapitalanlagen, so weisen diese jedoch auch überproportionale Verlustrisiken auf – der Leverage-Effekt wirkt also in beide Richtungen.

Der Leverage-Effekt ist umso größer, je kürzer die Laufzeit eines Optionsscheines ist; prinzipiell gilt aber auch, je größer der Leverage-Effekt, umso größer ist das mit ihm verbundene Verlustrisiko.

Währungsrisiken

Wenn der in den Optionsscheinen verbrieft Anspruch mit Bezug auf eine fremde Währung und/oder Währungseinheit berechnet wird oder sich der zugrunde liegende Basiswert in einer solchen fremden Währung oder Währungseinheit bestimmt, hängt das Verlustrisiko für den Inhaber der Optionsscheine nicht allein von der Entwicklung des Basiswertes, sondern auch von ungünstigen Entwicklungen in den Währungsmärkten ab.

Ungünstige Entwicklungen in Währungsmärkten können das Verlustrisiko dadurch erhöhen, dass sich – der Wert der erworbenen Optionsscheine, der Kurs des zugrunde liegenden Basiswertes oder der zahlbare Differenzbetrag vermindert.

Einfluss von Nebenkosten auf die Gewinnchance

Provisionen und andere Transaktionskosten, die beim Kauf oder Verkauf von Optionsscheinen anfallen, können – insbesondere in Kombination mit einem niedrigen Auftragswert – zu Kostenbelastungen führen, die die mit dem Optionsschein verbundene Gewinnchance extrem mindern können. Bitte informieren Sie sich deshalb vor Erwerb eines Optionsscheines über alle beim Kauf oder Verkauf des Optionsscheines anfallenden Kosten.

Risikoausschließende oder –einschränkende Geschäfte

Da die während der Laufzeit abzuschließenden Geschäfte von den Marktverhältnissen und jeweils zugrunde liegenden Bedingungen abhängen, kann der Inhaber von Optionsscheinen nicht darauf vertrauen, dass er durch diese Geschäfte seine anfänglichen Risiken ausschließen oder einschränken kann. Unter Umständen können solche Geschäfte nur zu einem ungünstigen Marktpreis getätigt werden, sodass für den Inhaber von Optionsscheinen ein entsprechender Verlust entsteht.

Handel in Optionsscheinen

Die Emittentin beabsichtigt, unter gewöhnlichen Marktbedingungen, regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Optionsscheine zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch gegenüber dem jeweiligen Optionsscheininhaber keinerlei Rechtspflicht zur Stellung derartiger Kurse oder hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Inhaber der Optionsscheine kann daher nicht darauf vertrauen, dass er die Optionsscheine zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs veräußern kann. Verzögerungen bei der Kursfeststellung können sich beispielsweise bei Marktstörungen, wie sie in den Optionsscheinbedingungen definiert sind, ergeben.

Inanspruchnahme von Kredit

Wenn der Inhaber von Optionsscheinen den Erwerb der Optionsscheine mit Kredit finanziert, muss er beim Nichteintritt seiner Erwartungen nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit verzinsen und zurückzahlen. Dadurch erhöht sich sein Verlustrisiko erheblich. Der Inhaber von Optionsscheinen sollte daher niemals darauf vertrauen, den Kredit aus Gewinnen von Optionsscheinen verzinsen und zurückzahlen zu können. Vielmehr muss er vorher seine wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin überprüfen, ob er zur Verzinsung und gegebenenfalls zur kurzfristigen Tilgung des Kredits auch dann in der Lage ist, wenn statt der erwarteten Gewinne Verluste eintreten.

Einfluss von Geschäften, insbesondere von Hedginggeschäften der Emittentin auf die Zertifikate

Die Emittentin ist jederzeit während der Laufzeit der Optionsscheine berechtigt, im freien Markt oder durch nicht-öffentliche Geschäfte Optionsscheine zu kaufen oder zu verkaufen.

Die Emittentin hat keine Verpflichtung, die Inhaber der Optionsscheine über einen solchen Kauf bzw. Verkauf zu unterrichten. Inhaber der Optionsscheine müssen sich ihr eigenes Bild von der Entwicklung des Kurses der zugrunde liegenden Aktien und anderen Ereignissen, die auf die Entwicklung des Kurses einen Einfluss haben können, machen.

Die Emittentin betreibt im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit Handel in den jeweiligen Optionsscheinen zugrunde liegenden Basiswerten. Darüber hinaus sichert sich die Emittentin gegen die mit den Optionsscheinen verbundenen finanziellen Risiken durch sogenannte Hedge-Geschäfte (Absicherungsgeschäfte) in den entsprechenden Basiswerten ab. Diese Aktivitäten der Emittentin – insbesondere die auf die Optionsscheine bezogenen Hedge-Geschäfte – können Einfluss auf den sich am Markt bildenden Kurs der Basiswerte haben, auf die sich die Optionsscheine beziehen. Es kann insbesondere nicht ausgeschlossen werden, dass die Eingehung oder Auflösung dieser Geschäfte einen nachhaltigen Einfluss auf den Wert der Optionsscheine bzw. auf die von dem Inhaber der Optionsscheine zu beanspruchende Tilgungsverpflichtung hat.

Dieser Risikohinweis ersetzt nicht die in einem individuellen Fall notwendige Beratung durch die Hausbank. Eine Anlageentscheidung sollte nicht allein aufgrund dieses Risikohinweises gefällt werden, da die hierin enthaltenen Informationen eine auf die Bedürfnisse, Ziele, Erfahrungen bzw. Kenntnisse und Vermögensverhältnisse des Anlegers zugeschnittene Beratung und Aufklärung nicht ersetzen können.

Allgemeine Informationen

Dieser Verkaufsprospekt wird gemäß § 10 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz („VerkProspG“) unvollständig veröffentlicht. Die noch fehlenden Angaben (*¹) werden Gegenstand von Nachträgen sein und gemäß § 9 Abs. 3 VerkProspG veröffentlicht. Soweit zur Beurteilung der Optionsscheine weitere Informationen der Aktualisierungen erforderlich sind, werden auch diese im Rahmen von Nachträgen zum Verkaufsprospekt veröffentlicht.

Verantwortung

Die Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG (nachstehend auch „Emittentin“, „Erste Bank“ oder „Bank“, zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch „Erste Bank-Gruppe“ oder „Konzern“ genannt) übernimmt gemäß § 13 VerkProspG die Prospekthaftung; sie erklärt, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Prospekt richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen wurden. Die Emittentin weist jedoch darauf hin, dass Ereignisse, die zu einem späteren Zeitpunkt eintreten, die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen beeinträchtigen können. Für Informationen, die nicht in diesem Prospekt enthalten sind und/oder von Dritten verbreitet werden, lehnt die Emittentin jede Haftung ab.

Bereitstellung und Verfügbarkeit von Unterlagen

Dieser Verkaufsprospekt (inkl. der Geschäfts- und Zwischenberichte) der Erste Bank werden bei der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG, OE 378, Börsegasse 14, A- 1010 Wien sowie bei dem Rechtsanwaltsbüro Plangger, Steinweg 8, D-60313 Frankfurt und auf der Homepage der Erste Bank (www.erstebank.com) zur kostenlosen Ausgabe bzw. zum Download bereitgehalten. Die in diesem Prospekt genannten Unterlagen der Emittentin können ebenda eingesehen werden.

Der Prospekt ist in dieser Form der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Frankfurt am Main („BaFin“) als zuständige Hinterlegungsstelle iSd § 8 VerkProspG übermittelt worden. Die BaFin hat den Prospekt lediglich auf formale Vollständigkeit geprüft. Eine Prüfung auf materielle Richtigkeit der in diesem Verkaufsprospekt enthaltenen Angaben wurde durch die BaFin nicht vorgenommen.

Angebot und Verkauf

Die Erste Bank bietet vom * jeweils * (Anzahl) Optionsscheine bezogen auf * (die „Optionsscheine“) zu den nachstehend angeführten Verkaufspreis/en in Deutschland zum Verkauf an. Die Optionsscheine bilden den Gegenstand dieses Verkaufsprospektes und seiner jeweiligen Nachträge.

Im Zusammenhang mit dem Angebot und Verkauf der Optionsscheine bzw. der Verbreitung von Angebotsunterlagen über die Optionsscheine sind die jeweils anwendbaren Gesetze der Länder zu beachten, in denen die Optionsscheine angeboten oder verkauft bzw. die Angebotsunterlagen verbreitet werden.

Insbesondere sind die Verkaufsbeschränkungen der Vereinigten Staaten von Amerika sowie des Vereinigten Königreichs zu beachten.

¹ * Dieser Platzhalter wird bei den jeweiligen Emissionen durch die entsprechenden Angaben gemäß den Optionsscheinbedingungen ersetzt.

Valuta

*

Verbriefung

Die Optionsscheine werden in einer Sammelurkunde gemäß § 24 lit. b österreichisches Depotgesetz verbrieft, die bei der Österreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft als Wertpapiersammelbank hinterlegt wird.

Börseneinführung

*

Wertpapier-Kennnummer *

ISIN *

Verwendung des Nettoemissionserlöses

Der Nettoerlös der Emission dient der Finanzierung der Geschäftsentwicklung des Konzerns.

Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Die nachfolgende Darstellung bestimmter deutscher Steuervorschriften erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit der Informationen, die für eine Kaufentscheidung hinsichtlich der angebotenen Optionsscheine notwendig sein können. Die Darstellung behandelt insbesondere nicht die individuellen Steuerumstände einzelner Investoren.

Werden die Optionsscheine vom Privatanleger veräußert, ist ein Veräußerungsgewinn bzw. –verlust im Rahmen der steuerlichen Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften (§ 23 deutsches Einkommensteuergesetz) – früher Spekulationsgeschäfte – anzusetzen.

Einkommensteuerpflichtig ist hier auch der erzielte Gewinn oder Verlust aus einer endfälligen Einlösung der Optionsscheine, wenn der Zeitraum zwischen Erwerb und Einlösung nicht mehr als ein Jahr beträgt.

Nachteilige Gesetzesänderungen, die auch rückwirkend in Kraft treten können, gehen nicht zu Lasten der Emittentin.

Vor einem Erwerb der Optionsscheine sollten interessierte Anleger sich in jedem Fall über die steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens, der Veräußerung und der Einlösung von Optionsscheinen beraten lassen. Dies gilt vor allem bezüglich aktueller Steuergesetzänderungen.

KAUF- UND VERKAUFSoPTIONSSCHEINE

DER



AUF AKTIENWERTE

§ 1

Einleitende Bestimmungen

1. Die Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG, Graben 21, 1010 Wien ("Emittent", „Erste Bank“), begibt gemäß diesen Bedingungen Kauf- und Verkaufsoptionsscheine auf die Aktien wie im Angebot im Überblick (siehe Seite 3) dargestellt, Optionsscheine im Wege einer Daueremission. Der Ausgabepreis wird vom Emittenten laufend festgesetzt.
2. Das Angebot im Überblick ist integrierender Bestandteil dieser Bedingungen. Die jeweils für eine Serie getroffenen Festlegungen hinsichtlich des Basispreises, der Laufzeit bzw. des Erstausgabepreises ergänzen diese Bedingungen.

§ 2

Zahl-, Einreich- und Optionsstelle

1. Zahl-, Einreich- und Optionsstelle ist die Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG („Optionsstelle“).
2. Der Emittent ist berechtigt, weitere Banken als Einreichstellen zu bestellen und die Bestellung von Einreichstellen zu widerrufen. Bestellungen und Widerrufe sind gemäß § 9 bekannt zu geben.
3. Der Emittent und etwaige weitere Einreichstellen handeln als solche ausschließlich als Beauftragte des Emittenten und stehen nicht in einem Auftrags-, Vertretungs- oder Treuhandverhältnis zu den Inhabern von Optionsscheinen.

§ 3

Optionsrecht

Jeweils * (siehe Spalte Bezugsverhältnis im Angebot im Überblick) Optionsscheine der Erste Bank berechtigen den Inhaber nach Maßgabe dieser Optionsscheinbedingungen zum Erwerb („Kaufoptionsscheine“) bzw. zum Verkauf („Verkaufsoptionsscheine“) von jeweils einer Aktie des Basiswertes (siehe Angebot im Überblick) der zum Basispreis einschließlich der zugehörigen Dividendenkupon, Talons und Bezugsrechte, mit der Einschränkung, dass jeweils nur 100 Stück Optionsscheine oder ein Vielfaches davon ausgeübt werden können.

§ 4

Laufzeit, Ausübungsfrist und Ausübungsart

1. Die Laufzeit beginnt mit dem 01. Juli 2005 und endet am Verfalltag (siehe Angebot im Überblick), jeweils um 10:00 Uhr Ortszeit Wien. Das Optionsrecht kann jederzeit während der gesamten Laufzeit („Ausübungsfrist“) an jedem Bankarbeitstag zu den jeweiligen Banköffnungszeiten wirksam ausgeübt werden („American Style“). Der Ausdruck „Bankarbeitstag“ im hier verwendeten Sinn bezeichnet TARGET-Geschäftstage sowie Tage, an denen die Banken in Wien und Frankfurt geöffnet sind.

Die Einreichung bei der Optionsstelle gilt als am Tag der Einreichung erfolgt, wenn sie bis 10:00 Uhr Ortszeit Wien vorgenommen wurde; ansonsten gilt sie als an dem der Einreichung folgenden Tag als

erfolgt. Zum Verfalltag erlöschen sämtliche Optionsrechte, die bis dahin nicht wirksam ausgeübt worden sind, die Optionsscheine werden damit ungültig.

2. Die Ausübung der Optionsrechte ist ausgesetzt,

- a) am Tag der Hauptversammlung der Gesellschaft, oder
- b) an Bank- und Börseschließtagen in Österreich und Deutschland, oder falls der Basiswert an einer Börse in einem anderen Land notiert, einem Bank- und Börseschließtagen in diesem Land.

§ 5

Form der Optionsscheine

Die Optionsscheine je Serie werden zur Gänze in je einer Sammelurkunde gemäß § 24 österreichisches Depotgesetz BGBl. 424/1969, in der jeweils gültigen Fassung, vertreten. Die Sammelurkunde(n) trägt (tragen) die Unterschriften zweier Zeichnungsberechtigter der Erste Bank. Ein Anspruch auf Ausfolgung von effektiven Optionsscheinen besteht nicht.

§ 6

Ausübung des Optionsrechtes

1. Zur Ausübung des Optionsrechtes muss der Optionsscheininhaber innerhalb der Ausübungsfrist eine schriftliche Erklärung ("Ausübungserklärung") bei der Optionsstelle gemäß § 2 einreichen. Diese Ausübungserklärung ist für den Erklärenden bindend, unbeding und unwiderruflich.
2. Die bestimmungsgemäße Ausübung des Optionsrechtes (a) berechtigt den Optionsscheininhaber im Falle von Kaufoptionsscheinen zum Bezug von Aktien mit laufendem Dividendenkupon, bzw. b) verpflichtet den Optionsscheininhaber im Falle von Verkaufsoptionsscheinen zur Lieferung der Aktien mit laufendem Dividendenkupon, wobei für die jeweilige Anspruchsberechtigung der nächste Bankarbeitstag nach der Ausübung maßgeblich ist.
3. Weiters muss der Optionsscheininhaber die entsprechende Anzahl an Optionsscheinen spätestens mit Abgabe der Ausübungserklärung an die Optionsstelle liefern, und zwar entweder durch eine unwiderrufliche Anweisung an die Optionsstelle, die Optionsscheine aus dem bei der Optionsstelle gegebenenfalls unterhaltenen Wertpapierdepot zu entnehmen oder durch Lieferung der Optionsscheine auf das durch die Optionsstelle namhaft zu machende Wertpapierdepot. Gleichzeitig mit der Abgabe der Ausübungserklärung ist der Basispreis zuzüglich anfallender Steuern, Abgaben und sonstiger Spesen an die Optionsstelle zu zahlen.
4. Bei Erwerb des Optionsscheines bzw. bei Ausübung kommen die banküblichen Spesen zur Anrechnung. Etwaige Steuern und Abgaben, die im Zusammenhang mit der Ausübung des Optionsrechtes und/oder der Ausgabe oder Lieferung des Einlösungsbetrages anfallen, sind von den betreffenden Optionsscheininhabern zu tragen.
5. Nach wirksamer Ausübung der Optionsscheine wird der Emittent a) im Falle von Kaufoptionsscheinen die zu liefernden Aktien auf das in der Ausübungserklärung namhaft gemachte Depot gutschreiben bzw. die Buchung durch die jeweils depotführende Bank veranlassen, bzw. b) im Falle von Verkaufsoptionsscheinen die Buchung der zu liefernden und zu diesem Zwecke auf dem Kundendepot gesperrten Aktien auf das Depot des Emittenten veranlassen. Die Festlegung des Kassatages erfolgt entsprechend der Valutaregelung, die zum Zeitpunkt der Ausübung an der Maßgeblichen Börse gültig ist.

§ 7 Marktstörung

1. Eine „Marktstörung“ bedeutet die Aussetzung oder Einschränkung des Handels im Basiswert an der Maßgeblichen Börse, sofern eine solche Aussetzung oder Einschränkung nach Auffassung der Emittentin die Berechnung des Basiswertes wesentlich beeinflusst, oder die Aussetzung oder Einschränkung des Handels von auf den Basiswert bezogenen Terminkontrakten oder Optionskontrakten an der Maßgeblichen Optionenbörse.

Maßgebliche Börse für eine Serie von Optionsscheinen ist jene Börse, wie im jeweiligen Angebot im Überblick festgelegt.

Maßgebliche Optionenbörse ist die Terminbörse mit dem größten Handelsvolumen von Optionskontrakten, die auf den Basiswert gehandelt werden.

2. Eine Beschränkung der Stunden oder Anzahl der Tage, an denen ein Handel stattfindet, gilt nicht als Marktstörung, sofern die Einschränkung auf einer vorher angekündigten Änderung der regulären Geschäftszeiten der betreffenden Börse beruht. Eine im Laufe eines Tages eintretende Beschränkung im Handel aufgrund von Preisbewegungen, die bestimmte vorgegebene Grenzen überschreiten, gilt nur dann als Marktstörung, wenn diese Beschränkung bis zum Ende der Handelszeit an dem betreffenden Tag fort dauert.

3. Die Emittentin wird sich bemühen, den Beteiligten unverzüglich gemäß § 9 mitzuteilen, wenn eine Marktstörung eingetreten ist. Eine Pflicht zur Mitteilung besteht jedoch nicht.

§ 8

Verwässerungsschutz

1. Falls innerhalb der Ausübungsfrist ein Anpassungsereignis hinsichtlich des Basiswertes gemäß Absatz 2 dieses Paragraphen eintritt, so wird der Emittent eine Anpassung der Optionsscheinbedingungen vornehmen. Bei der Anpassung orientiert sich der Emittent daran, wie an der Maßgeblichen Börse entsprechende Anpassungen für dort gehandelte Optionsscheine auf den Basiswert erfolgen.

Sollten an der Maßgeblichen Börse keine solchen Optionsscheine auf den Basiswert gehandelt werden, so wird der Emittent die Anpassung in der Weise vornehmen, wie sie die Maßgebliche Börse vornehmen würde, wenn entsprechende Optionsscheinverträge dort gehandelt würden. Die Anpassungsmaßnahmen treten zu dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die entsprechenden Maßnahmen an der Maßgeblichen Börse in Kraft treten bzw. in Kraft treten würden, wenn entsprechende Optionsscheinverträge dort gehandelt würden.

2. Anpassungsereignis ist jedes Ereignis im Zusammenhang mit der Gesellschaft, bei dessen Eintritt die Maßgebliche Börse eine Anpassung des Basispreises, des Basiswertes, der Kontraktgröße oder der Anzahl der Verträge vornimmt oder vornehmen würde, wenn Optionsscheinverträge auf den entsprechenden Basiswert an der Maßgeblichen Börse gehandelt würden.

3. Der Emittent ist berechtigt, gegebenenfalls von den von der Maßgeblichen Börse vorgenommenen Anpassungsmaßnahmen abzuweichen, sofern er dies sachlich für gerechtfertigt hält und eine solche Anpassung in der Weise durchgeführt wird, dass die Optionsscheininhaber wirtschaftlich weitestgehend so gestellt werden, wie sie ohne das entsprechende Anpassungsereignis stehen würden. Für den Fall von Einwendungen gegen solcherart vorgenommene Anpassungen wird der Emittent nach Beratung mit einem vom Emittenten zu bestimmenden, unabhängigen Sachverständigen die Frage der entsprechenden Anpassung abschließend klären.

4. Der Emittent verpflichtet sich, die Anpassungsmaßnahmen und den Stichtag, ab dem die Änderung gilt, unverzüglich gemäß § 9 bekannt zu machen.

5. Anpassungen gemäß den vorstehenden Absätzen werden durch den Emittenten vorgenommen und sind, sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt, für alle Beteiligten bindend.

§ 9

Bekanntmachungen

Alle Bekanntmachungen, welche die Optionsscheine betreffen, erfolgen in einem überregionalen Pflichtblatt der Wertpapierbörse, an der die Optionsscheine zum Börsenhandel zugelassen sind oder auf der Homepage der Emittentin mit Wirksamkeit gegenüber den Optionsscheininhabern. Einer gesonderten Benachrichtigung der einzelnen Inhaber der Optionsscheine bedarf es nicht.

§ 10

Börseanmeldung

Die Einbeziehung der Optionsscheine in den Dritten Markt an der Wiener Börse bzw. den Freiverkehr an der Wertpapierbörse in Stuttgart wird beantragt.

§ 11

Prospektpflicht für das öffentliche Angebot

Die Optionsscheine werden in Deutschland öffentlich angeboten. Es wurde ein Prospekt nach dem Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz erstellt und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) hinterlegt. Die BaFin hat den Prospekt lediglich auf formale Vollständigkeit geprüft. Eine Prüfung auf materielle Richtigkeit der in diesem Prospekt enthaltenen Angaben wurde durch die BaFin nicht vorgenommen.

§ 12

Aufstockung/Rückerwerb

1. Der Emittent behält sich vor, jederzeit weitere Optionsscheine mit (gegebenenfalls bis auf den Beginn der Ausübungsfrist) gleicher Ausstattung zu begeben, sodass sie mit den Optionsscheinen zusammengefasst werden, und dadurch das Emissionsvolumen zu erhöhen. Der Begriff „Optionsscheine“ umfasst im Falle einer solchen Aufstockung auch solche zusätzlich begebenen Optionsscheine.

2. Der Emittent ist berechtigt, jederzeit Optionsscheine über die Börse oder durch außerbörsliche Geschäfte zurück zu erwerben.

§ 13

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen aus welchem Grund auch immer unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Bedingungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen am nächsten kommt.

§ 14

Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Auf sämtliche Rechtsverhältnisse aus diesen Optionsscheinen gilt österreichisches Recht. Für etwaige Rechtsstreitigkeiten gilt ausschließlich das in Wien sachlich zuständige Gericht als gemäß § 104 Jurisdiktionsnorm vereinbarter Gerichtsstand.

§ 15

Schlussbestimmungen

Der Emittent ist berechtigt, in diesen Bedingungen a) offensichtliche Schreib- oder Rechenfehler oder sonstige offensichtliche Irrtümer sowie b) widersprüchliche oder lückenhafte Bestimmungen ohne Zustimmung der Optionsscheininhaber zu ändern bzw. zu ergänzen, wobei in den unter b) genannten Fällen nur solche Änderungen bzw. Ergänzungen zulässig sind, die unter Berücksichtigung der Interessen des Emittenten für die Optionsscheininhaber zumutbar sind, d.h. die finanzielle Situation der Optionsscheininhaber nicht wesentlich verschlechtern. Solche Änderungen bzw. Ergänzungen werden den Optionsscheininhaber unverzüglich gemäß § 9 bekannt gemacht.

Wien, im Juni 2005

**ERSTE BANK
DER OESTERREICHISCHEN SPARKASSEN AG**

B E D I N G U N G E N

KAUF- UND VERKAUFSoPTIONSSCHEINE DER



§ 1

Einleitende Bestimmungen

1. Die Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG, 1010 Wien, Graben 21 ("Emittent", „Erste Bank“) begibt gemäß diesen Bedingungen Kauf- und Verkaufsoptionsscheine ("Optionsscheine") auf den Basiswert (siehe Angebot im Überblick auf Seite 3)* im Wege einer Daueremission. Der Ausgabepreis wird vom Emittenten laufend festgesetzt.
2. Das Angebot im Überblick ist integrierender Bestandteil dieser Bedingungen. Die jeweils für eine Serie getroffenen Festlegungen hinsichtlich des Basispreises, der Laufzeit bzw. des Erstausgabepreises ergänzen diese Bedingungen.

§ 2

Zahl-, Einreich- und Optionsstelle

1. Zahl-, Einreich- und Optionsstelle ist die Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG ("Optionsstelle").
2. Der Emittent ist berechtigt, weitere Banken als Einreichstellen zu bestellen und die Bestellung von Einreichstellen zu widerrufen. Bestellungen und Widerrufe sind gemäß § 8 bekannt zu geben.
3. Der Emittent und etwaige weitere Einreichstellen handeln als solche ausschließlich als Beauftragte des Emittenten und stehen nicht in einem Auftrags-, Vertretungs- oder Treuhandverhältnis zu den Inhabern von Optionsscheinen.

§ 3

Optionsrecht

Jeweils * (siehe Spalte Bezugsverhältnis im Angebot im Überblick) Optionsscheine der Erste Bank berechtigen den Inhaber nach Maßgabe dieser Optionsscheinbedingungen zum Bezug des positiven Differenzbetrages in Euro ("Einlösungsbetrag") zwischen a) dem Schlussabrechnungspreis für Optionen auf den Basiswert gemäß § 7 dieser Bestimmungen ("Schlussabrechnungspreis") am jeweiligen Ausübungstag und dem entsprechenden Basispreis („Kaufoptionsschein“) bzw. b) dem jeweiligen Basispreis und dem Schlussabrechnungspreis für Optionen auf den Basiswert am jeweiligen Ausübungstag („Verkaufsoptionsschein“), wobei die Differenz von einem Indexpunkt zwischen dem Schlussabrechnungspreis und dem Basispreis einem Euro entspricht, mit der Einschränkung, dass jeweils nur 100 Stück Optionsscheine oder ein Vielfaches davon ausgeübt werden können.

§ 4

Laufzeit, Ausübungsfrist und Ausübungsart

1. Die Laufzeit beginnt mit dem Erstvalutatag und endet am Verfalltag, jeweils um 10:00 Uhr Ortszeit Wien. Das Optionsrecht kann jederzeit während der gesamten Laufzeit („Ausübungsfrist“) an jedem Bankarbeitstag zu den jeweiligen Banköffnungszeiten wirksam ausgeübt werden („American Style. Der Ausdruck „Bankarbeitstag“ im hier verwendeten Sinn bezeichnet TARGET-Geschäftstage sowie Tage, an denen die Banken in Wien und Frankfurt geöffnet sind.

Die Einreichung bei der Optionsstelle gilt als am Tag der Einreichung erfolgt, wenn sie bis 10:00 Uhr Ortszeit Wien vorgenommen wurde; ansonsten gilt sie als an dem der Einreichung folgenden Tag als erfolgt. Zum Verfalltag erlöschen sämtliche Optionsrechte, die bis dahin nicht wirksam ausgeübt worden sind, die Optionsscheine werden damit ungültig.

§ 5 Form der Optionsscheine

Die Optionsscheine je Serie werden zur Gänze in je einer Sammelurkunde gemäß § 24 Depotgesetz BGBl. 424/1969 in der jeweils gültigen Fassung, vertreten, welche die Unterschriften zweier Zeichnungsberechtigter des Emittenten trägt. Ein Anspruch auf Ausfolgung von effektiven Optionsscheinen besteht nicht.

§ 6 Ausübung des Optionsrechtes

1. Zur Ausübung des Optionsrechtes muss der Inhaber der Optionsscheine eine schriftliche Erklärung ("Ausübungserklärung") bei der Optionsstelle gemäß § 2 einreichen. Diese Ausübungserklärung ist für den Erklärenden bindend, unbeding und unwiderruflich.

2. Die bestimmungsgemäße Ausübung des Optionsrechtes berechtigt zum Bezug des Einlösungsbetrages gemäß § 3, wobei für die Anspruchsberechtigung das Einreichdatum maßgeblich ist.

3. Weiters muss der Optionsscheininhaber die entsprechende Anzahl an Optionsscheinen spätestens mit Abgabe der Ausübungserklärung an die Optionsstelle liefern, und zwar entweder durch eine unwiderrufliche Anweisung an die Optionsstelle, die Optionsscheine aus dem bei der Optionsstelle gegebenenfalls unterhaltenen Wertpapierdepot zu entnehmen oder durch Lieferung der Optionsscheine auf das durch die Optionsstelle namhaft zu machende Wertpapierdepot. Gleichzeitig mit der Abgabe der Ausübungserklärung ist der Basispreis zuzüglich anfallender Steuern, Abgaben und sonstiger Spesen an die Optionsstelle zu zahlen.

4. Bei Erwerb des Optionsscheines bzw. bei Ausübung kommen die banküblichen Spesen zur Anrechnung. Etwaige Steuern und Abgaben, die im Zusammenhang mit der Ausübung des Optionsrechtes und/oder der Ausgabe oder Lieferung des Einlösungsbetrages anfallen, sind von den betreffenden Optionsscheininhabern zu tragen.

5. Nach wirksamer Ausübung der Optionsscheine wird der Emittent den Einlösungsbetrag gemäß § 3 mit Valuta von drei Bankarbeitstagen abzüglich anfallender Steuern und Abgaben auf das in der Ausübungserklärung namhaft gemachte Konto gutschreiben bzw. die Buchung durch die jeweils depotführende Bank veranlassen.

6. Sofern der Schlussabrechnungspreis am Verfallszeitpunkt größer ist als der Basispreis („Kaufoptionsschein“) bzw. der Basispreis am Verfallszeitpunkt größer ist als der Schlussabrechnungspreis („Verkaufsoptionsschein“) und das Optionsrecht nicht ausgeübt wurde, wird der Emittent nach seinem freien Ermessen im Interesse des Kunden den Einlösungsbetrag gemäß § 3 zu Gunsten des jeweiligen Depotkunden des Emittenten gutbuchen („automatische Ausübung“). Der Depotkunde des Emittenten hat darauf jedoch keinen Rechtsanspruch.

7. Sollte eine Zahlung im Zusammenhang mit den Optionsscheinen auf einen Termin fallen, der kein Bankarbeitstag ist, so verschiebt sich der Rückzahlungstermin auf den unmittelbar folgenden Bankarbeitstag gem. § 4.

§ 7

Feststellung des Einlösungsbetrag; Schlussabrechnungspreis

1. Der Emittent wird den Einlösungsbetrag gemäß § 3 verbindlich feststellen.
2. Maßgeblich für die Feststellung des Einlösungsbetrages ist der Schlussabrechnungspreis für Optionen auf den Basiswert, wie er von der Maßgeblichen Börse (siehe Spalte „Maßgebliche Börse“ im Angebot im Überblick) unter Berücksichtigung aller Veränderungen in der Art und Weise der Veröffentlichung, in der Berechnung des Schlussabrechnungspreises bzw. des Basiswertes oder in der Zusammensetzung oder Gewichtung der Kurse und Aktien, auf deren Grundlage der Basiswert bzw. der Schlussabrechnungspreis berechnet wird, am jeweiligen Ausübungstag auf Grundlage der in einer untertägigen Auktion ermittelten Auktionspreise um ca. 12.00 Uhr Wiener Zeit berechnet und quotiert und zum Settlement von Optionen auf den Basiswert herangezogen wird.

Beim Basiswert handelt es sich um einen von der Wiener Börse AG berechneten und veröffentlichten Wertpapierindex, die Genehmigung zur Verwendung der Marke "ATX[®]" bzw. "Austrian Traded Index" wurde erteilt.
3. Sollte der Emittent zur Auffassung kommen, dass ein Schlussabrechnungspreis an einem Ausübungstag nicht feststellbar ist, weil der Basiswert generell oder für den maßgeblichen Zeitpunkt nicht berechnet und veröffentlicht wird, so wird der Emittent dies unverzüglich gemäß § 8 veröffentlichen und den Schlussabrechnungspreis für den maßgeblichen Ausübungstag selbst berechnen.
Grundlage für die Berechnung des Schlussabrechnungspreises ist die Art und Weise der Berechnung des Schlussabrechnungspreises und die Zusammensetzung und Gewichtung der Aktien des Basiswertes, wie sie zum Zeitpunkt der letzten Veröffentlichung des Basiswertes bzw. des Schlussabrechnungspreises maßgeblich war. Der auf dieser Grundlage berechnete Schlussabrechnungspreis wird ersatzweise für die Berechnung des Einlösungsbetrages herangezogen.
4. Der Emittent haftet daraus, dass er im Zusammenhang mit diesen Optionsscheinen den Schlussabrechnungspreis und/oder Einlösungsbetrag feststellt bzw. berechnet, nicht feststellt bzw. nicht berechnet oder sonstige Maßnahmen trifft oder unterlässt, nur, wenn und soweit er die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verletzt hat.

§ 8

Bekanntmachungen

Alle Bekanntmachungen, welche die Zertifikate betreffen, erfolgen rechtsgültig im überregionalen Pflichtblatt der Wertpapier-Börse, an der die Zertifikate zum Börsenhandel zugelassen sind bzw. im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung", auf der Homepage der Emittentin oder durch schriftliche Benachrichtigung der Anleihegläubiger.

§ 9

Börseanmeldung

Die Einbeziehung der Optionsscheine in den „Dritter Markt“ an der Wiener Börse bzw. den Freiverkehr an der Wertpapierbörse in Stuttgart wird beantragt.

§ 10

Aufstockung/Rückerwerb

1. Der Emittent behält sich vor, jederzeit weitere Optionsscheine mit (gegebenenfalls bis auf den Beginn der Ausübungsfrist) gleicher Ausstattung zu begeben, sodass sie mit den Optionsscheinen zusammengefasst werden, und dadurch das Emissionsvolumen zu erhöhen. Der Begriff „Optionsscheine“ umfasst im Falle einer solchen Aufstockung auch solche zusätzlich begebenen Optionsscheine.
2. Der Emittent ist berechtigt, jederzeit Optionsscheine über die Börse oder durch außerbörsliche Geschäfte zurück zu erwerben.

§ 11
Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen, aus welchem Grund auch immer, unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Bedingungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen am nächsten kommt.

§ 12
Prospektpflicht für das öffentliche Angebot

Die Optionsscheine werden in Deutschland öffentlich angeboten. Es wurde ein Prospekt nach dem Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz erstellt und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) hinterlegt. Die BaFin hat den Prospekt lediglich auf formale Vollständigkeit geprüft. Eine Prüfung auf materielle Richtigkeit der in diesem Prospekt enthaltenen Angaben wurde durch die BaFin nicht vorgenommen.

§ 13
Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus diesen Optionsscheinen gilt österreichisches Recht. Für etwaige Rechtsstreitigkeiten gilt ausschließlich das in Wien sachlich zuständige Gericht als gemäß § 104 Jurisdiktionsnorm vereinbarter Gerichtsstand.

§ 14
Schlussbestimmungen

Der Emittent ist berechtigt, in diesen Bedingungen a) offensichtliche Schreib- oder Rechenfehler oder sonstige offensichtliche Irrtümer sowie b) widersprüchliche oder lückenhafte Bestimmungen ohne Zustimmung der Optionsscheininhaber zu ändern bzw. zu ergänzen, wobei in den unter b) genannten Fällen nur solche Änderungen bzw. Ergänzungen zulässig sind, die unter Berücksichtigung der Interessen des Emittenten für die Optionsscheininhaber zumutbar sind, d.h. die finanzielle Situation der Optionsscheininhaber nicht wesentlich verschlechtern. Solche Änderungen bzw. Ergänzungen werden den Optionsscheininhaber unverzüglich gemäß § 8 bekannt gemacht.

Wien, im Juni 2005

ERSTE BANK
DER OESTERREICHISCHEN SPARKASSEN AG